

Gespräche über Israel und Palästina

BRI organisiert „Trialog“ im Tiny House auf dem Goetheplatz und an Bremer Schule



Foto: Achim Pohl

Shai Hoffmann und Jouanna Hassoun sind am 5. Dezember an der Inge Katz Schule zu Gast. Am 3. Dezember machen sie interessierten Bremer Bürger*innen ein Gesprächsangebot im Tiny House vor dem Bremer Theater.

Seit Oktober 2023 besuchen sie bundesweit Schulen. Mit den Jugendlichen sprechen sie über den Krieg in Gaza und den Nahostkonflikt aus ihrer Perspektive als Betroffene: Shai Hoffmann, deutscher Jude mit israelischen Eltern, und Jouanna Hassoun, Deutsch-Palästinenserin. Vom 3. bis zum 5. Dezember kommen die beiden auf Einladung des Bremer Rates für Integration (BRI) aus Berlin in die Hansestadt.

In der derzeitigen Situation, wo ein Austausch zwischen Palästinenser*innen und Juden und Jüdinnen in Deutschland fast gar nicht mehr existiert – jedenfalls nicht öffentlich – zeigt das israelisch-palästinensische Duo, dass es doch möglich ist und macht Gesprächsangebote.

Gleich nach ihrer Ankunft am Dienstag, 3. Dezember, bauen sie auf dem Goetheplatz vor dem Bremer Theater ihr Tiny House auf. Ein geschützter Raum, in dem angstfrei geredet wer-

den darf. Einen Tag lang kann man hier – ohne vorherige Anmeldung – Shai und Jouanna für ein Gespräch über Gaza und den Nahost-Konflikt aufsuchen. „Wir hören zu und wollen unsere Erlebnisse, Erfahrungen, Gefühle und Wertungen teilen und zeigen, dass ein Dialog trotzdem möglich ist – wenn auch nicht immer einfach.“ Ein Zeitlimit für die Gespräche gibt es nicht.

Mit diesem Angebot wollen die beiden einem weitgehend vergifteten gesellschaftlichen Diskurs, der nicht zuletzt durch social media zu einer extremen Lagerbildung geführt hat, etwas entgegensetzen. Im derzeitigen politischen Klima, sei es schwierig geworden, sich überhaupt zu äußern, sagen die beiden. „Unsere Gesellschaft braucht aber Räume, in denen ehrlich, angstfrei und fehlertolerant gesprochen werden kann. Wir plädieren dafür, unsere Gedanken, Zweifel und Zerrissenheit offen auszusprechen.“ Voraussetzung dafür ist es, sich mit Respekt, Nachsicht und gegenseitiger Wertschätzung zu begegnen. Erst das macht einen Dialog überhaupt erst möglich.

Lesung

Am zweiten Tag ihres Bremen-Besuchs, am Mittwoch, 4. Dezember, laden die beiden ein zu einer Lesung aus ihrem aktuellen Buch „Trialog – Wie wir über Israel und Palästina sprechen“ um 18 Uhr im EuropaPunkt Bremen. Um vorherige Anmeldung wird gebeten unter:

bremer.rat@soziales.bremen.de

Trialog an Schule

Am 5. Dezember sind Shai Hoffmann und Jouanna Hassoun an der Inge Katz Schule in der Neustadt zu Gast. „Trialog“ nennen die beiden Aktivist*innen ihr Format. In Anlehnung an Dialog steht Trialog für ein multiperspektivisches Gesprächsformat, bei dem es nicht um einseitige Perspektiven pro-Israel oder pro-Palästina geht. Vielmehr sollen die vielen verschiedenen Facetten zwischen diesen Polen diskutiert werden. „Da gibt es viel Unwissenheit“, haben die beiden festgestellt. Auf den Pausenhöfen treffen die Positionen von Schüler:innen mit Wurzeln in über 60 Ländern aufeinander. Da eskaliert die Debatte um den Nahostkonflikt schnell, wenn die Positionen, die die Jugendlichen zu Hause, in den Communities oder den sozialen Medien erworben haben, aufeinanderprallen.

„In den anderthalb Stunden des Schulbesuchs ist es unser Anliegen, ihnen zuzuhören, ihre Aussagen und Perspektiven aufzugreifen und ihnen ohne Vorurteile einen Raum für ihre Gefühle zu schaffen“, erklärt Jouanna das Konzept. Dabei darf es ruhig kontrovers zugehen. „Wichtig ist, dass wir dabei Vorurteile oder Stereotypen, die mit Rassismus, Antisemitismus oder Gewaltverherrlichung einhergehen, gemeinsam diskutieren und reflektieren. Nur so können sie korrigiert und aufgebrochen werden.“ ■

Lesung

4. Dezember, 18 Uhr, EuropaPunkt Bremen, Am Markt 20. Um Anmeldung wird gebeten: bremer.rat@soziales.bremen.de

Tiny Space

3. Dezember, 12–18 Uhr, Goetheplatz, vor dem Theater Bremen. Ohne Anmeldung



aktuell

Kritik an der Bezahlkarte für Geflüchtete

BRI lud in Kooperation mit dem Kulturladen Huchting zur kritischen Diskussion



In drei kleinen dynamischen Runden wurde mit Betroffenen diskutiert. V.l.: Azad Kour, Rania Enan, Selda Kaiser und Dewi Stümer



Diskutiert wurde auf den Stühlen des Projekts „Würde“ des Kulturladens Huchting

Asylbewerber*innen sollen ab Anfang 2025 den überwiegenden Teil ihrer Leistungen als Guthaben auf einer Bezahlkarte bekommen, darauf haben sich Bund und Länder im Juni dieses Jahres geeinigt (wir berichteten, MITeinander 03/2024). Die Details sind Ländersache. Deshalb lud der Bremer Rat für Integration zusammen mit dem „Kulturladen Huchting“ am 24. September zu einer kritischen Diskussion in den EuropaPunkt Bremen. Eingeladen waren Geflüchtete, Vertreter*innen der politischen Parteien sowie Interessierte.



Vera Zimmermann (li.) und Dewi Stümer eröffneten die Veranstaltung

Ziel der Veranstaltung war es, vor allem Betroffene zu Wort kommen zu lassen. Kurze Video-Interviews mit Geflüchteten und Aktivist*innen gaben Impulse für die anschließenden Diskussionen auf drei dynamischen Podien im Raum. Azad Kour, Rania Enan sowie Wilma Nyari sprachen unter der Moderation von Dewi Stümer, Referentin für Vielfalt und Antidiskriminierung des BRI, über ihr Ankommen in Deutschland, Schwierigkeiten bezüglich Teilhabe und Partizipation, ihren Alltag sowie die nicht zu unterschätzende Rolle von Bargeld.

Auch wenn die digitale Zahlung auf dem Vormarsch ist, regt sich vor allem bezüglich der verordneten Obergrenze bei Bargeldabhebungen und der gewollten Unterbindung von Überweisungen ins Ausland, vehemente Kritik an der Bezahlkarte. Ein aktuelles Urteil des Hamburger Sozialgerichts, gibt den Kritiker*innen Recht: Pauschale Obergrenzen könnten die individuellen Rechte und Bedürf-

nisse der Geflüchteten missachten, heißt es.

Diese Ansicht wurde auf der Diskussionsveranstaltung im EuropaPunkt geteilt. Die aus Ägypten stammende Gründerin des Arabischen Frauenbundes, Rania Enan, sagte: „Es kommt einer Entmündigung gleich, wenn man nicht den Menschen, die einem am Herzen liegen, mit seinem Geld helfen kann.“ Und Rechtsanwältin Nina Markovic wies per Video-Statement darauf hin, dass viele Geflüchtete sich in einer Fürsorgepflicht der Familie gegenüber sehen. Zumal wenn ein Familiennachzug von Deutscher Seite verweigert wird. Dürfen sie kein Geld mehr nach Hause überweisen, kann dies zu vermehrter Armut, Hunger und Krankheit von Familienangehörigen in den Herkunftsländern führen.

Ein weiterer Kritikpunkt der geladenen Gäste war, dass die Bezahlkarte – wie jetzt bekannt wurde – nicht in allen Bremer Geschäften funktioniert. „In Kiosken oder

dem kleinen Laden, der Produkte aus meiner Heimat führt oder in kleinen Cafés, wo man sich trifft und austauscht, brauche ich weiterhin Bargeld“, weist der vor neun Jahren aus Syrien als unbegleiteter Minderjähriger nach Deutschland gekommene Azad Kour auf die wichtige alltägliche Rolle des Bargelds für ein Stück Unabhängigkeit und Teilhabe hin.

Im Laufe der Diskussion wurde deutlich, dass Bargeld verfügbar zu haben, nicht nur Unabhängigkeit und Selbstverantwortung bedeutet, sondern auch Sicherheit und Schutz in schwierigen Situationen. Geld auf einer Karte dagegen entzieht sich der Kontrolle und macht verletzlich: Die Karten können gesperrt und Leistungen von den Behörden wieder rücküberwiesen werden. Auch gibt es datenschutzrechtliche Bedenken, wenn Behörden beispielsweise Überweisungen prüfen und freischalten. Und was ist, wenn die Technologie für Kartenzahlung oder auch nur der

Strom ausfällt? Was, wenn die Karte beschädigt ist? Dann kommen die Menschen mit Bezahlkarte nicht mehr an lebensnotwendige Lebensmittel oder Medikamente.

Die Einführung der Bezahlkarte, so das Fazit der Teilnehmenden dieser Diskussionsveranstaltung, ist eine Konsequenz des gesellschaftlichen und politischen Wandels, der sich gerade vollzieht. Ein Instrument, das angelegt ist auf Stigmatisierung, Ausgrenzung und Kontrolle – ein Zeichen des Misstrauens. „Das Bundesverfassungsgericht hat gesagt, dass die Menschenwürde migrationspolitisch nicht relativiert werden darf“, sagt Rechtsanwältin Nina Markovic. Die Einführung der Bezahlkarte sei aber genau das. Eine migrationspolitische Erwägung, um die Einreise nach Deutschland möglichst unattraktiv zu machen. „Und das ist Unsinn. Denn die Menschen kommen nicht wegen der Sozialleistungen“

gen. Sie kommen, weil ihre Länder destabilisiert sind, weil sie verfolgt werden, sie haben Tausende andere Gründe. Und sie kommen, weil wir hier in Demokratie und Freiheit leben. Wenn wir wollen, dass sie nicht mehr kommen, müssen wir das abschaffen.“

Fazit

Die wissenschaftlichen Einschätzungen, rechtlichen Entwicklungen und praktischen Überlegungen zeigen, dass die Bezahlkarte eher Gefahren als Chancen für die Selbstbestimmung und Partizipation der Geflüchteten birgt. Der Bremer Rat für Integration fordert daher eine Neubewertung des Gesetzesvorhabens und eine verstärkte Berücksichtigung der Perspektiven der Betroffenen. ■

Die komplette Stellungnahme des BRI ist nachzulesen unter Aktuelles /Stellungnahmen auf: www.bremer-rat-fuer-integration.de



Die Veranstaltung wollte vor allem dem Publikum die Möglichkeit geben, sich zu dem Thema zu äußern.

Fakten und Fiktion

Ein Realitätscheck zu Asylverfahren und Aufenthaltsrecht



Von links: Claudia Jacob (Beraterin beim Paritätischen Bildungswerk), Dr. Esther Somfalvy (Projektleitung DRK), Justus Brühn (Mitarbeiter Projektkoordination DRK)

Über Geflüchtete wird momentan viel geredet und geschrieben. Bei den jüngsten Änderungen im Migrationsrecht verliert man da schon mal den Überblick: Was ist nochmal der Unterschied zwischen einer Duldung und einer Aufenthaltserlaubnis? Wer ist von Abschiebung bedroht? Wie funktioniert das Dublin-Verfahren? Ist die Türkei ein sicheres Herkunftsland? Dürfen Geflüchtete arbeiten oder müssen sie das sogar?

Der Bremer Rat für Integration hatte am 11. November im Rahmen der Integrationswochen das Projekt „Berufliche Perspektiven für Geflüchtete in Bremen und Bremerhaven“ (bin+) in den EuropaPunkt eingeladen. Willkommen waren alle Interessierten – egal ob sie beruflich oder privat Kontakt zu Geflüchteten haben. Dr. Esther Somfalvy, Claudia Jacob und Justus Brühn hatten eine Grundlagenschulung in Sachen „Aufenthaltsrecht“ vorbereitet und halfen den Anwesenden zwei Stunden lang, Ordnung in das Begriffs-Chaos

zu bringen. Da das Interesse an dem Thema sehr groß war und sich zudem die Rahmenbedingungen für Asylverfahren und Aufenthaltsrecht immer wieder ändern, wurde noch am gleichen Abend eine Fortsetzung der Veranstaltung im kommenden Jahr vereinbart. ■

Was ist bin+?

Das Projekt bin+ heißt ausgeschrieben: „Berufliche Perspektiven für Geflüchtete in Bremen und Bremerhaven“. Es ist ein Verbundprojekt des Landes aus vier Bremer und Bremerhavener Trägern. Mit eng aufeinander abgestimmten Angeboten unterstützen sie Geflüchtete, in Ausbildung und Arbeit zu kommen. Sie klären die rechtlichen Rahmenbedingungen, die Aufenthalts- und beruflichen Perspektiven und helfen bei der beruflichen Orientierung. Als Bindeglied zum Arbeitsmarkt beraten sie auch Betriebe und Unternehmen zu rechtlichen Voraussetzungen, möglichen Hürden und Lösungsansätzen. Darüber hinaus sind sie auch Ansprechpartner für Schulen, Vereine, Kammern und ehrenamtlich Tätige.

www.bin-bremen.de



Teilhabe im Fokus

Veranstaltungen des BRI zu den 9. Bremer und Bremerhavener Integrationswochen

Sie sollen Begegnungen, Dialoge und den Informationsaustausch sowie gesellschaftliche Teilhabe fördern: Die inzwischen 9. Bremer und Bremerhavener Integrationswochen mit rund 80 Veranstaltungen fanden in diesem Jahr vom 4. bis zum 17. November an verschiedenen Orten statt. Der Bremer Rat für Integration war mit einigen Veranstaltungen vertreten.

Women only

Um Wege zur Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung für Frauen ging es bei „Only women“ am 12. November im Lagerhaus. Die Veranstaltung, ausgerichtet vom House of Resources und dem Bremer Rat für Integration, richtete sich speziell an Frauen mit Migrationsgeschichte. Expertinnen der Agentur für Arbeit Bremen und Bremerhaven berieten einen Abend lang in der dritten Etage des Lagerhauses zu Weiterbildungsmöglichkeiten, Qualifizierungsprogrammen und beruflichen Chancen.

Lesung mit Virgine Kamche

Die Bremerin Virgine Kamche ist Mitgründerin des Afrika Netzwerks Bremen, erhielt 2019 den Diversity Preis und wurde vergangenes Jahr als Frau des Jahres in Bremen ausgezeichnet. Am 12. November warf die Mitherausgeberin des gerade erschienenen Buches „Stadt der Kolonien – Wie Bremen den deutschen Kolonialismus prägte“ ein Schlaglicht auf die deutsche (post)koloniale Geschichte mit einer Lesung im EuropaPunkt.

Spot on! „Im Rampenlicht 2.0“

„Die Aktivitäten und das Engagement von Migrant*innenselbstorganisationen sind ein wichtiger Bestandteil der Bremer Gesellschaft und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unentbehrlich“, so Staatsrätin Kirsten Kreuzer, die in Vertretung für Sozialsenatorin Claudia Schilling das Grußwort sprach. „Und das in diesen Zeiten vielleicht mehr denn je.“ Auch Bremens Integrationsbeauftragte Nadya Milanova fand klare Worte und lobte das Engagement als systemrelevant für Bremen und Bremerhaven.

Eingeladen hatten an diesem 13. November der Bremer Rat für Integration, das House of Resources, die Stabsstelle Integrationspolitik, der Arabischen Frauenbund und die Freiwilligen-Agentur Bremen. Ihr Anliegen: Wie schon im vergangenen Jahr, das Rampenlicht ganz explizit auf das Engagement von Migrant*innenorganisationen zu richten – von Nachbarschaftshilfe über Sporttrainings bis hin zur Sprachvermittlung. Mit dem Spot darauf soll Geleistetes sichtbar gemacht und gewürdigt werden, in einem festlichen Rahmen in guter Gesellschaft mit Raum für Austausch und Vernetzung.

Im Rampenlicht standen an diesem Abend der Arabische Frauenbund, Union des Togolais de Brême et de ses Environs (UTBE), das Hilfe-Netzwerk – Sprach- und Kulturvermittlung e.V., MOSAIK – Treff im Liegnitzquartier in Gröpelingen sowie der Afghanische Kulturverein. Diese fünf Organisationen wurden gebeten, ihre Arbeit in kurzen Interviews vorzustellen. Moderiert wurde der Abend von Ela Fischer (Künstlerin) und Dewi Cynthia Stümer (Referentin beim BRI). ■



Am 13. November standen im Lagerhaus Migrant*innen(selbst)organisationen im Rampenlicht



Authentisch afrikanisches Essen

Fotos: Veranstalter

neu

Interkultureller Kalender 2025

Für viele Bremer*innen, vor allem in Unternehmen, Schulen und Ämtern, ist er ein unentbehrlicher Begleiter geworden, der wichtige Feiertage verschiedener Religionen und andere Gedenktage anzeigt. Er ist kostenlos im Büro des BRI erhältlich sowie an der Pforte des Tivoli-Hochhauses in der Nähe des Hauptbahnhofs. Er kann auch in elektronische Kalender auf dem Smartphone, Laptop usw. eingebunden werden.

Büro des BRI:
Am Markt 20, im Haus der Bremischen Bürgerschaft (Eingang EuropaPunkt)

Senatorin für Soziales:
Tivoli-Hochhaus,
Bahnhofsplatz 29

Herunterladen unter:
www.bremer-rat-fuer-integration.de/interkultureller-kalender

 @bremerratfuerintegration

Impressum



Herausgeber: Bremer Rat für Integration,
Am Markt 20, 28195 Bremen
www.bremer-rat-fuer-integration.de

Redaktion: Silke Düker (v.i.S.d.P.)
E-Mail: redaktion@bremer-rat-fuer-integration.de

Auflage: 1.000 Exemplare